

Der ganz geheime Konsens

VON MICHAEL HÜBNER, 06.06.12, 18:09h, aktualisiert 06.06.12, 18:43h



Hier verhalten sich die Verkehrsteilnehmer an der Obi-Ausfahrt korrekt. Das ist nicht immer der Fall. (FOTO: THOMAS KLITZSCH)

WITTENBERG/MZ. Joachim Richter (CDU) ist sich da ganz sicher: "Es gibt einen Konsens". Mehr, bedauert der städtische Bauausschussvorsitzende, dürfe er nicht sagen. Der Stadtrat fühlt sich an die Schweigepflicht gebunden. Tatsächlich - und allen Ernstes - wird die Forderung der Wittenberger zur sofortigen Aufhebung der Rechtsabbiegepflicht bei der Obi-Ausfahrt in dem Gremium unter Ausschluss der Öffentlichkeit am Montagabend behandelt.

Die Vorsicht ist berechtigt. Es fallen offensichtlich deutliche Worte. In den Blickpunkt der Kritik gerät die Verwaltung. Nach Angaben von mehreren Stadträten wurde das Thema bereits "vor etwa sechs Wochen im Bau- und Hauptausschuss" angesprochen. Passiert sei aber nichts. Noch immer spielen sich auf der Dessauer Straße dramatische Szenen ab. "Ich selbst habe einen Linksabbieger fast umgefahren", sagt Horst Dübner (Linke). Dessen Verdienst es ist, dass die Verantwortlichen im Rathaus jetzt wieder in der Pflicht zum Handeln stehen. Der Mann fordert "konkrete Maßnahmen". Dafür erhält er parteiübergreifende Rückenstärkung.

"Da biegen Hunderte täglich nach links ab, nicht nur fünf oder sechs", schildert Stefan Kretschmar (Freie Wähler) die Situation. Hier müsse in der Tat "kurzfristig und sofort" gehandelt werden. "Die Verkehrsinsel muss weg", sagt der Mann und ist überzeugt, dass während der Rotphase in der nur wenige Meter entfernten Ampel ein gefahrloses Linksabbiegen möglich sei. Das freilich will Jörg Jordan nicht unbedingt unterschreiben. "So einfach geht das nicht", betont der zuständige Fachbereichsleiter in der Stadtverwaltung. Von "heute auf morgen" sei ein Linksabbiegen nicht möglich. Dies habe ein Vor-Ort-Termin am Dienstag ergeben. Umsonst war die Begehung mit Vertretern der Polizei, des Landkreises, der Stadt und Landesstraßenbaubehörde aber nicht. "Es gibt direkte Lösungsansätze", betont der Mann, der das Wort vom Konsens nicht benutzt. Allerdings, das betont er dann doch noch, habe in der Runde Einigkeit geherrscht. Das allerdings verwundert nicht. Der Lokaltermin läuft ebenfalls im Geheimen ab und die Teilnehmer sind handverlesen. Kritische Stadträte oder Betroffene fehlen. "Mit mir hat außer der Presse noch nie jemand geredet", sagt Stephan Franke. Der Obi-Marktleiter wird täglich mit Beschwerden und dramatischen Szenen

konfrontiert. So habe er in seiner Mittagspause auf dem Weg zum Imbiss schon mehrfach beobachtet, wie Autofahrer auf dem Fußweg vor den Geschäften verzweifelt eine Ausfahrt nach Coswig suchen. Das erweist sich zwar als Irrweg, doch auf der Fahrt zum Fußweg werden Verkehrsteilnehmer weder durch ein Verbots- oder Sackgassenschild gestoppt. Und so regiert weiter das behördlich geduldete Chaos.

Verantworten muss dies einzig und allein die Stadt Wittenberg. "Wir werden nur beteiligt", heißt es unisono von der Landesstraßenbaubehörde und von der Polizei. "Zielstellung war", so Reviersprecherin Cornelia Dieke, "mit geringem Aufwand kurzfristig eine Lösung zu erzielen". Das sei aber nicht möglich. Im Klartext: Schon das Wegnehmen der Verkehrsinsel wird als zu kostspielig angesehen.

"Der Bauausschuss muss sich das vor Ort anschauen", fordert Heiner Friedrich List (Allianz der Bürger). Auch dafür gibt es Unterstützung. Das sei wichtiger, als ein Bürgerhaus in Wolgast zu besichtigen, verrät ein Stadtrat aber ganz andere attraktivere Dienstreisepläne.